

Niederschrift
über die Sitzung des Beirates für Behindertenfragen
am 17.03.2021

Tagungsort: Rochdale-Raum, 2. OG, Altes Rathaus

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Bruder	Vorsitzender	
Herr Heuer		
Herr Dr. p. h. Kremer	Steuerungsgruppe Behindertenhilfe (SBSB))	
Frau Röder		
Frau Schmieder		
Herr Schneck		
Frau Schönfeld		
Frau Schuberth-Buick	AG Wohlfahrtsverbände	(Vertretung für Frau Stock)
Herr Seidenberg		(Vertretung für Frau Lutzmann, bis 18:15)
Herr Winkelmann		

Beratende Mitglieder

Herr Donath	SPD-Fraktion
Frau Elders	FDP-Fraktion
Frau Labarbe	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Herr Möller	Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention
Frau Stelze	Fraktion Die Linke

Stellvertretend stimmberechtigte Mitglieder

Herr Huhn
Herr Kronsbein

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Wegner	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
-------------	------------------------------------

Verwaltung

Herr Becker

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Herr Hiltawsky

Amt für soziale Leistungen -

- Sozialamt -

Schriftführung

Frau Rother

Amt für soziale Leistungen

- Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er erklärt, dass er ergänzend unter Tagesordnungspunkt 8 „Benennung von Vertreter*innen für den Vergabebeirat des „Teilhabefonds“ die Besetzung weiterer Aufgabenbereiche durch Mitglieder des Beirates abstimmen möchte. Seitens der Anwesenden werden dagegen keine Einwände erhoben.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

-.-.-

Zu Punkt 1 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

-.-.-

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 46.Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 19.08.2020

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 46. Sitzung des Beirates für Behindertenfragen am 19.08.2020 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

-.-.-

Zu Punkt 3.1 Neuorganisation des Trägervereins des Café 3b

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Grundrente - Auswirkungen für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 3.3 Aktionstag 05.05.2021 Deine Stimme für Inklusion-mach mit!

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 3.4 Verwendung der INSEK-Eigenmittel des Sozialdezernates

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 3.5 Höhere Regelbedarfe in der Grundsicherung

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die als Tischvorlage ausliegende Mitteilung (**Anlage 1**).

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Barrierefreies Impfzentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0897/2020-2025

Die Anfrage zur Barrierefreiheit des Impfzentrums wurde an die Leitung des Impfzentrums Bielefeld gestellt, die Antwort liege noch nicht vor.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 5 **Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

-.-.-

Zu Punkt 6 **Emissionsfreie Innenstadt (EFRE 2014-2020)**
Umbau Friedrich-Ebert-Straße zw. Herforder Straße und
Kesselbrink
hier: Umbau Herforder Straße zw. Stresemannstraße und
Zimmerstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 9490/2014-2020/1/1

Vorsitzender Herr Dr. Bruder teilt mit, dass die Vorlage vor Entscheidung zunächst zur Beratung in den Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr gegeben werde.

- vertagt -

-.-.-

Zu Punkt 7 **Hochbahnsteig Brackwede Kirche**
Hier: Gestaltung des östlichen Bahnsteigzugangs

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0888/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder berichtet, dass für den Umbau der Brackweder Straße ein Planfeststellungsverfahren laufe. Bei dem Hochbahnsteig Brackweder Kirche als Teil dieses Projektes gehe es parallel dazu bereits um eine Ausführungsplanung. Das Thema sei im Arbeitskreis bebaute Umwelt und Verkehr besprochen worden.

Er erläutert die in der Vorlage vorgestellten 3 Varianten für die Gestaltung des östlichen Bahnsteigzugangs. Insgesamt werde die Variante 2 vom Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr als geeignet angesehen. Sie ermögliche auch für mobilitätseingeschränkte Personen den kürzesten Weg, sowie eine sichere Führung über die Fahrbahn.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Röder, Frau Labarbe, Frau Schmieder, Herr Seidenberg, Herr Schneck und Frau Wegner.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Für den östlichen Bahnsteigzugang zum zukünftigen Bahnsteig Brackwede Kirche spricht sich der Beirat für die Variante 2 (Kombination Rampe/Treppe) aus.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Benennung von Vertreter*innen für den Vergabebeirat des „Teilhabefonds“

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0296/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandte Vorlage. Er teilt mit, dass er als Vertreter für den Vergabebeirat des Teilhabefonds bestätigt wurde, zu seinem Stellvertreter wurde Herr Winkelmann benannt.

Zu der angekündigten Erweiterung des Top 8 zur Besprechung weiterer Aufgabenbereiche des Beirates äußert sich Herr Winkelmann. Er sehe den Beirat in seiner bisherigen Aufstellung bis zur konstituierenden Sitzung nach der Delegiertenversammlung weiterbestehen. Dies beinhalte vor allem die Verteilung der bisherigen Aufgabenbereiche wie die Mitarbeit von Mitgliedern des Beirates in Ausschüssen, Gremien und Arbeitskreisen. Die Ansicht von Herrn Winkelmann findet unter den anwesenden breite Zustimmung.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen führt seine Aufgaben in der bisherigen Form bis zur konstituierenden Sitzung des neuen Beirates weiter fort. Dazu gehört auch die Mitarbeit in den politischen Ausschüssen, Gremien und Arbeitskreisen.

- einstimmig beschlossen -

Herr Winkelmann ergänzt, dass er nur selten Gelegenheit habe am „Runden Tisch Konversion“ teilzunehmen. Dieser thematisiere die Weiternutzung der Kasernenflächen. Er fragt, ob sich jemand dazu bereit erkläre, an seiner Stelle daran teilzunehmen.

Frau Röder weist darauf hin, dass im Schulausschluss und im Arbeitskreis für Schulentwicklungsplanung offiziell noch Frau Eraslan

als Vertretung gemeldet sei. Diese sei aber von diesen Aufgaben zurückgetreten. Für Frau Eraslan sei daher eine Nachfolge zu bestimmen. Frau Schönfeld erklärt sich bereit, zukünftig die Stellvertretung im Schulausschuss sowie im Arbeitskreis für Schulentwicklungsplanung zu übernehmen.

-.-.-

Zu Punkt 9 **Fortschreibung der Angemessenheitsgrenzen der Kosten der Unterkunft**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0453/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandten Informationsvorlage der Verwaltung.

- Der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2021/2022**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0597/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die mit der Einladung versandten und durch Frau Niewald, Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - beantworteten Fragen von Röder.

Diese ist mit den Antworten zufrieden und beantwortet weitere Detailfragen zur Darstellung der Ergebnisse von Frau Schönfeld und Frau Larbarbe.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

- 1. Der Beirat für Behindertenfragen stellt den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2021/2022 und deren Verteilung entsprechend der Anlagen 1 und 2, die Bestandteil des Beschlusses sind, fest und beauftragt die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2021 an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, LWL-Landesjugendamt zu melden:**

Gruppenform		Platza hl* Tagesei nrich- tungen	davon unter 3 Jahre	davon über 3 Jahre	Platzzahl Kindertages- pflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulu ng	Ia (25 Std.)	118	1.177	3.330	
	Ib (35 Std.)	2.014			
	Ic (45 Std.)	2.375			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	21	21		
	IIb (35 Std.)	958	958		
	IIc (45 Std.)	1.042	1.042		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	379		379	
	IIIb (35 Std.)	3.016		3.016	
	IIIc (45 Std.)	3.304		3.304	
Summe		13.227	3.198	10.029	920 davon U3 = 920 davon Ü3 = 0

***Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (13.227 + 920 = 14.147) und der Gesamtzahl der Plätze (14.234) ergeben sich aus der Tatsache, dass 87 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).**

- 2. Plätze für Schulkinder in der Kindertagesbetreuung sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Schulkinder in Kindertagesbetreuung aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.**
- 3. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 163 Plätze in Kindertageseinrichtungen für Kinder**

mit (bestehender oder drohender) Behinderung (sog. Integrationsplätze) anzumelden. Hiervon entfallen 5 Plätze auf Kinder unter drei Jahre und 158 Plätze auf Kinder über drei Jahre bis zum Schuleintritt. Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nachzumelden.

4. Plätze für Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege sind nach aktuellem Stand nicht anzumelden. Sollten später Kinder mit (bestehender oder drohender) Behinderung in Kindertagespflege aufgenommen werden, sind diese nachzumelden.
5. Als Bemessungsgrundlage für den Landeszuschuss zur Fachberatung von Kindertagespflege nach § 47 KiBiz sind 220 Kindertagespflegepersonen anzumelden. Sollten später mehr Kindertagespflegepersonen tätig sein, sind diese nachzumelden.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes für das Jahr 2022 die erforderlichen Mittel einzuplanen bzw. den Haushalt 2021 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 11

Verwendung der jährlichen Inklusionspauschale zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion für das Schuljahr 2020/2021

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0639/2020-2025

Pandemiebedingt erfolgt keine Berichterstattung zu der Vorlage.

Im Vorfeld wurden durch Frau Röder Fragen zu dem Top an Frau Schönemann vom Amt für Schule gerichtet. Die Antworten des Amtes für Schule wurden zusammen mit der Einladung an die Mitglieder des Beirates für Behindertenfragen versandt. Frau Röder erklärt, dass sie mit den erhaltenden Antworten der Verwaltung zufrieden sei.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt dem Rat zu beschließen:

Die Mittel der Inklusionspauschale für das Schuljahr 2020/21 in Höhe von 763.511,31 € werden wie folgt (weiter-)verwendet:

1.

In Höhe der ursprünglichen Inklusionspauschale des Schuljahres 2015/16 (183.665 Euro) sowie in Höhe eines weiteren Betrages von circa 180.000 Euro sind die Mittel gebunden für sechs im Stellenplan verankerte Stellen „Schulsozialarbeit Inklusion“.

2.

Die vom Schul- und Sportausschuss am 20.06.2017 beschlossene Verwendung eines Betrags in Höhe von 188.918 Euro findet weiterhin Verwendung für die Förderung der schulischen Inklusion in den Offenen Ganztagschulen (OGS) mit dem vorrangigen Schwerpunkt inklusiver Ferienangebote und besonderer Projekte und nachrangig für den laufenden OGS-Betrieb zur Deckung von erhöhtem Personalaufwand. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt weiterhin auf Basis einer „pro-Kopf“-Pauschale je Integrationskind gem. Stichtag der aktuellen amtlichen Schulstatistik.

Die OGS-Träger belegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.

3.

Ein Betrag in Höhe von 197.595 Euro wird weiterhin bedarfsgerecht in der OGS zur zusätzlichen Begleitung von Kindern, die neben dem sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf auch einen Integrationshelfer benötigen, zur Verfügung gestellt. Die Mittelweiterleitung an die OGS-Träger erfolgt auf Antrag und auf Basis des jeweiligen Anteils am bestehenden Gesamtbedarf.

Die OGS-Träger belegen die Mittelverwendung im Verwendungsnachweis.

4.

Die Differenz zwischen dem Betrag aus dem Bescheid für das Schuljahr 2020/2021 und der Summe der Pos. 1.- 3. in Höhe von 13.332,35 Euro wird aufgrund von Tariferhöhungen weiterhin zweckentsprechend verwendet.

- einstimmig beschlossen -

-.--

Zu Punkt 12 **Bericht zum „Bielefelder Aktionsbündnis Inklusion“ im Rahmen der kommunalen Inklusionsplanung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0890/2020-2025

Herr Möller berichtet über das Aktionsbündnis und zieht ein positives Fazit über den bisherigen Verlauf des Projektes. Die Zielsetzung des Bündnisses sei es, die Stadtgesellschaft zu sensibilisieren. Den zahlreichen Bündnispartnern sei viel zu verdanken und es habe einen öffentlichen Aufruf zum Mitmachen gegeben. Zu den Projekten habe es viele Rückmeldungen gegeben und neue Kampagnen seien in Planung.

- der Beirat für Behindertenfragen nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 13 **Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0767/2020-2025

Vorsitzender Herr Dr. Bruder verweist auf die Vorlage.

An die Verwaltung durch Frau Röder gerichtete Fragen wurden von Herrn Hanke vom Amt für Jugend und Familie - Jugendamt - beantwortet und die Antworten mit der Einladung versandt.

Frau Wegner weist darauf hin, dass alle Kinder, die eine Schulbegleitung benötigt hätten, bisher mittags nach Hause gemusst hätten. Dies sei dem Umstand geschuldet gewesen, dass für die weitere Betreuung keine Finanzmittel für Inklusionshelfer zur Verfügung gestanden hätten. Sie hoffe, dass das Angebot weiter ausgebaut werde. Frau Röder betont, dass nach dem Bundesteilhabegesetz jedem Kind der Anspruch auf Teilhabe zustehe. Die Corona-Pandemie würde die Betreuungssituation allerdings sehr erschweren.

Im Anschluss ergeht folgender

Beschluss:

Der Beirat für Behindertenfragen empfiehlt:

- 1. Die Verwaltung wird aufgefordert, das anliegend beschriebene „Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von**

drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags“ gemeinsam mit den Schulen und den OGS-Trägern umzusetzen.

- 2. Die Verwaltung wird weiter aufgefordert, Anfang 2023 einen zwischen den Projektbeteiligten abgestimmten Bericht über die Umsetzung des Pilotprojektes vorzulegen, damit eine Entscheidung über eine eventuelle Verlängerung und ggfs. Ausweitung auf andere Schulen getroffen werden kann.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14 Inklusionsplanung - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Herr Möller informiert den Beirat mit einer Präsentation (**Anlage 2**) über aktuelle Projekte aus dem Bereich. Auch privatwirtschaftliche Bereiche sollten von der Aktion Mensch unterstützt werden können. Dafür würden weitere Sozialpartner gesucht. Die Kooperation und Koordination solle über Herrn Möller laufen. Entsprechende potentielle Personen sollen angesprochen und motiviert werden.

Herr Seidenberg möchte wissen, ob der von Herrn Möller erwähnte Wegweiser für Menschen mit Behinderung oder für weitere Sozialpartner angedacht sei. Herr Möller antwortet, dass Zielgruppe die von einer Behinderung betroffenen Menschen seien. Die Nachfrage von Herrn Donath, ob der Förderbetrag für Sozialpartner bis zu 5000 Euro betrage, wird von Herrn Möller bejaht.

-.-.-

Zu Punkt 15 Berichte aus Gremien (Ratsausschüsse, sonstige Gremien und Arbeitsgruppen der Teilhilfesysteme)

- Schul- und Sportausschuss:
Frau Röder berichtet zu einem Antrag auf Ferienbetreuung auch für Kinder mit Behinderung. Dieser solle noch einmal überprüft werden. Wenn keine weitere Bearbeitung erfolge, solle das Thema noch einmal im Beirat für Behindertenfragen aufgenommen werden.
- Stadtentwicklungsausschuss:
Herr Winkelmann berichtet, dass viele Tagesordnungspunkte am 09.03.21 abgesetzt worden seien. Auf einer Sondersitzung am 16.03.21 wurde das Thema Mobilitätsstrategie behandelt. Ein Antrag zur Einführung eines 365-Euro-Tickets sei abgelehnt worden.

- Arbeitskreis Bebaute Umwelt und Verkehr
Herr Schneck berichtet über Besprechungen zum integrierten städtebauliches Entwicklungskonzept (INSEK).
- Seniorenrat
Herr Donath berichtet über die Neuwahl des Seniorenrates. In der nächsten Woche werde die konstituierende Sitzung stattfinden. Herr Winkelmann ergänzt, dass viele neue Mitglieder in den Seniorenrat gewählt worden seien.

-.-.-

Zu Punkt 16 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

-.-.-

Zu Punkt 17 **Bericht an die Presse**

Es gibt nichts zu berichten.

-.-.-

Vorsitzender Herr Dr. Bruder stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.